

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verkaufsstelle: Geb. Verh. Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringens mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und Zeit für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schreibstube: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Kelleraufzelle 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Betriebsbelegungen 10 Pf.

Nr. 14

Dresden, Montag den 18. Januar 1926

37. Jahrg.

Die SPD. für Volkentscheid

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschloß am Sonnabend, dem am Dienstag zusammengetretenen Parteiauswahl vorzuschlagen, die organisatorische Vorbereitung für einen Volkentscheid über die Fürstenabfindungen zu treffen.

Dieser Beschluß wurde in der berechtigten Annahme gefaßt, daß sich die Mehrheit des Reichstags zu einer zufriedenstellenden Lösung in der Frage der Fürstenabfindung nicht aufraffen wird. Der Wortlaut des Gesetzentwurfes, der dem Volkentscheid zugrunde liegt, muß natürlich mit äußerster Vorsicht festgesetzt werden. Hier muß der Gedanke leitend sein, möglichst viel Stimmen auf ihn zu vereinigen. Dieser Gedanke hat in dem Entwurf der verschiedenen kommunistischen Organisationen, der jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden ist, keine Anwendung gefunden. In ihm ist das kommunistische Bedürfnis nach maßloser Agitation ohne Berücksichtigung des Gesamterfolges maßgebend. Die Sozialdemokratie wird schon deshalb das Anerbieten der KPD, sich ihrer Agitation anzuschließen, ablehnen. Im übrigen aber würde sich die Partei niemals ihre Handlungsweise von den Kommunisten vorschreiben lassen.

Der Ausblick zur Durchführung des Volkentscheids für entgeltungslose Entlohnung der Fürsten, dem mehrere große proletarische Organisationen angehören, hat dem Reichsministerium des Innern bereits einen Gesetzentwurf über die Abfindung eingereicht. Es ist natürlich notwendig, daß zwischen der Sozialdemokratie und dem Ausschuss eine Verständigung erfolgt.

Mittelparteien und Fürstenabfindung

Zwischen den Mittelparteien des Reichstags sind am Freitag Verhandlungen über Grundzüge zustande gekommen, nach denen bei der Regelung der Fürstenabfindung fünfzigsten vorzuziehen sind. Diese Verhandlungen sollen in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt werden, der, schon demnächst dem Reichstag vorgelegt wird. Dieser Gesetzentwurf soll die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts beim Reichsgericht in Leipzig vorsehen. Es wird nicht nur über alle Abfindungs-, sondern auch Aufwandsansprüche der ehemaligen Fürsten zu entscheiden haben. Dieses Schiedsgericht wird aus Berufsrichtern und hohen Verwaltungsbeamten zusammengefaßt sein. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sollen dann endgültig sein. Die Entscheidung dieses Schiedsgerichts soll dann endgültig sein. Ausgenommen sind Abfindungsansprüche, die durch Vergleich oder durch gerichtliches Urteil bereits erledigt sind. Eine Nebenabnahme des Verfahrens oder eine Nebenprüfung kann nicht erfolgen. Wie verläuft, wollen die Mittelparteien sich jetzt bemühen, auch die Zustimmung der anderen Fraktionen zu dieser Vereinbarung zu erreichen. Die Sozialdemokratie muß die hier vorgesehene Regelung ablehnen.

Eine Erklärung des ADGB

Aus dem Bureau des Bundesvorstandes des ADGB wird uns geschrieben: In den Kreisen der Gewerl-

Das Kabinett Luther

Die neue Regierung Luther gilt so auf wie fertig, nachdem die Parteien am Sonnabend in großen und ganzen auch über die Personenfrage geeinigt haben. Die Volkspartei hat ihren anfänglichen Anspruch auf das Reichsinnenministerium abgegeben, oder, wie die Deutsche Zeitung sagt, sie ist „umgefallen“, und da Herr Gehler keine Anknüpfungspunkte schließlich doch selbst eingesehen hat, wurde die volksparteiliche Forderung nach Besetzung des Reichsinnenministeriums durch den Reichsminister Schulz oder den früheren kaiserlichen General Brininghaus hinfällig.

Als verhältnismäßig sicher kann derzeit also angenommen werden, daß der Demokrat Koch das Reichsinnenministerium erhält und sein Parteifreund Dr. Reinhold Reichsfinanz- oder Reichswirtschaftsminister wird. Dem Zentrum verbleibt Braun in seinem bisherigen Amt, während Marx neben dem Reichsjustizministerium noch das Reichsministerium für die besetzten Gebiete verwaltet, und der Direktor des Reichshausbankvereins in Köln, Büchner, als Zentrumsmittler eines der wirtschaftlichen Ministerien übernimmt. Von der Volkspartei bleiben Streichmann als Außenminister und Dr. Krohne als Reichsbeschaffungsminister. Ihr Parteifreund Hepp dürfte das Ernährungsministerium übernehmen, während Stingl als Mitglied der Obersten Volkspartei auch dem neuen Kabinett als Postminister angeht.

Der Charakter des neuen Kabinetts steht, soweit er sich aus der geplanten Zusammenfassung folgern läßt, schon jetzt fest. Demerkenswert ist, daß sämtliche Zentrumsmittler geborene Rheinländer sind und mit der in starkem Maße konservativ eingestellten rheinischen Zentrumspartei eng verbunden sind. Aber wesentlich ist, daß die im vergangenen Jahre dem Zentrum übergebenen Ministerien mit dieser Ausnahme von überzogenen Nationalisten befreit sind. Der Vater des Zentrumsentwurfes und Mitbegründer des Reichshausbankvereins, Dr. Stingl, wird durch das Mitglied des „Reichsbanners“ und schärf-

schäftsmittler wird die Frage der Fürstenabfindung eifrig erörtert. Der Bundesvorstand würdigt durchaus die Parteifregung, die nach Beschäftigt wird durch den Umstand, daß Millionen Arbeitslose und Kriegspolter unter den Folgen dieser von uns bekämpften Fürstenpolitik in Not und Elend ihr Dasein fristen. Der Bundesvorstand ist daher seit dem Aufbruch der Fürstenparlamentarischen Vertretungen die geplante Auspönerung des Staates und des Volkes zu verhindern. Die Abwehr ist eine politische Angelegenheit und deshalb zunächst von den politischen Parteien zur Entscheidung zu bringen. Erst wenn die Entscheidung des Reichstags vorliegt, kann der Bundesvorstand zu der neuen Situation Stellung nehmen.

Gemeinsamer Protest mit Zentrum und Demokraten

R. Mainz, 17. Januar. (Eig. Bericht.) Am Sonnabend fand hier eine von 7000 Personen besuchte und vom Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten einberufene Protestversammlung gegen die Ansprüche der Fürstenhäuser statt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird gegen die Forderungen der fürstlichen Nichtstuer entschieden protestiert und vom Reichstag die schnelle Verabschiedung eines Gesetzes zur reichsgerichtlichen Regelung der fürstlichen Ansprüche gefordert.

Der weltliche Rasse

D. Braunschweig, 16. Januar. (Eig. Bericht.) In der Galerie der fürstlichen Rassen ist der weltliche Eifer von Braun-schweig eine ganz besondere Nummer. Seinen außerordentlichen Reichtum im Reichsamt hat er in Sicherheit. In Braunschweig ist er vornehmlich mit Aufwandsforderungen abgetrieben. Jetzt hat er als Vertreter einer sehr kostspieligen Gemäldegalerie begonnen, einen Teil zu verlieren. Unter andern hat er 178 Silber an den Preisversteigerungshaus verkauft zu einem Gesamtpreis von 910 195 M. Bezeichnend ist folgende Stelle aus dem abgeschlossenen Kaufvertrag:

„Die Zahlung wird in englischen Pfund zum Mittelkurs der Berliner Börse an dem der Zahlung vordringenden Werktage an das Vanthaus-Coutts and Co. in London wegen der obersten Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Rüneburg zu Gunsten der R. Handelsmaatschappij Hollweg in Amsterdam geleistet.“

Der Erlös ist nicht in Deutschland, sondern in englischen Gold bezahlt und legt es nicht im „geliebten Vaterland“, sondern im Ausland an. Als Mitglied der Bundeslandeszinnvereine hat er wieder sein Herz für England entsetzt, für das England, das während des Krieges auf Wunsch aller Patrioten von Welt gestraft werden sollte. Es sind doch, edle Patrioten, unsere modernen Raubritter.

Aufmerken im Ausland

N. Amsterdam, 16. Januar. (Eig. Bericht.) Der „Telegraaf“ bemerkt zu der deutschen Fürstenabfindung, daß diese Frage durchaus nicht eine innerdeutsche Angelegenheit allein sei. Was in Deutschland beschlossen würde, könne auch den Ausländern nicht gleichgültig lassen. Gerade er müsse den Augenblick fürchten, wo eine Berliner Regierung nach großen Entschädigungsabzahlungen an die Fürsten sich außerstande erklären würde, dem Dawes-Plan zu entsprechen.

Begner deutschnationaler Anschauungen, Dr. Koch, erhebt. An Stelle des verfallenen und mehr deutschnationalen wie zentralistischen Reichsjustizministers Frenken tritt der Republikaner Marx, und der Feind der unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichsfinanzministerium, Schönbach, wird höchstwahrscheinlich auch durch einen Mann mit starkem Verständnis für die sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Volksschichten ersetzt werden. Die Bergangenheit von Marx und Koch gestattet jedenfalls den Schluss, daß sie, und unter ihrer Führung auch die anderen aus ihren Reihen stammenden Minister, keine Reigung haben werden, Anschluß nach rechts zu suchen oder im deutschnationalen Lager um Unterstützung zu werden. Das entspricht im übrigen dem Willen der Zentrumsanhänger, wie er am vergangenen Sonntag in Berlin auf der Tagung der Zentralfinstanzen zum Ausdruck gekommen ist.

Die Einkstendungen des neuen Kabinetts Luther erfährt natürlich die Beteiligung der Volkspartei einen gewissen Ausgleich. Im Ernährungsministerium ist durch den äußerlich rechtsstehenden Volksparteier und Präsidenten des Reichslandbundes sogar eine ausgesprochen einseitige Politik zugunsten der Mararier zu befürchten.

Finanz-Bankrott der Ordnungregierung

M. Weimar, 18. Januar. (Eig. Bericht.) In der Sonnabend-Tagung des Haushaltsausschusses machte ein Referent bei der Beratung einer am 18. Oktober dem Landtag zugegangenen Vorlage über 78 000 M. Ausgabe für den Ausbau der Gefängnisse die sensationelle Mitteilung, daß Würdingen die Vorlage im Augenblick nicht verwirklichen könne. Die Sachverhältnisse Würdingen müßten sich auf eine in den nächsten Tagen von Berlin zu erwartende Aufforderung einstellen, drei Millionen Mark für die Erweiterung der Gefängnisse zur Verfügung zu stellen. Bei der Beratung der Angelegenheit kündigten die sozialdemokratischen Vertreter die ablehnende Mitteilung der Regierung an den Bankrott des Kredit-Unternehmens durch Verschulden des jetzigen Finanzministeriums der Ordnungregierung.

Frankenfälschung und Trionon

Von unserm ungarischen Mitarbeiter

Ein guter Beobachter sprach dieser Tage etwa dreißig ungarische Politiker und betragte sie über die politischen Hintergründe der Fälschungssache. Die meisten gaben ihm zur Antwort: Ja, das ist die notwendige Folge des Friedensvertrages von Trianon. Ein großer Teil der Kolonien der ungarischen Bischöfe liegt in den Gebieten, die durch den Friedensvertrag an die Nachbarstaaten verloren gingen und dort wurde überall gegen die früheren ungarischen Grundbesitzer die Agrarreform sehr streng durchgeführt. Es ist kein Zufall, daß die meisten, die in die Frankenfälschung verwickelt sind, in der Slowakei ihre Güter hatten: Windischgrätz, Janowski, Manowski und viele andre. Der Verteidiger des Prinzen Windischgrätz, Dr. Daner, ein Vertrauter des Reichsadvokaten Sorthy, erklärte, daß man durch die Unterminierung der Frankenfälschung an Frankreich Rache nehmen wollte wegen des schändlichen Friedensvertrages. Die Zeitung der Nationalen Gesellschaft diese (fälschenden) Patrioten als die Vorkämpfer der nationalen Idee auch jetzt noch ehrt und jeder wird sich beeilen, ihnen, nachdem sie das Gefängnis verlassen haben, die Hände zu drücken.

Unter solchen Umständen hat die Regierung Bethlen einen sehr schweren Stand, denn sie hat jetzt natürlich das größte Interesse daran, das Verbrechen als eine gemeine Kriminalsache hinzustellen und jeden politischen Hintergrund zu leugnen. Aber da stößt sie auf fast unüberwindliche Hindernisse. Erstens stellen die Verhafteten, wenn sie nicht als gemeine Verbrecher dastehen wollen, ihre politischen Motive in den Vordergrund. Zweitens sind da die in der Unternehmung festgestellten Tatsachen, die die Fälschung als ein militärisch-staatliches Unternehmen erscheinen lassen. Der Feldbischof der nationalen Armee, Jadrabecz, hat alle Beteiligten in Eid genommen, daß sie Stillschweigen bewahren werden. Der Landespolizeichef Radosly leitete die inneren Vorbereitungsarbeiten. Die falschen Notizen wurden in der königlich ungarischen kartographischen Anstalt gedruckt, und zwar in der Sektion, die dem Generalstab unmittelbar unterstellt ist, weil man dort die für die Armee notwendigen Generalstabskarten druckt. Der Leiter der Anstalt ist der Oberstleutnant Kurb, der verhaftet ist. Die falschen Banknoten wurden als das Kuriergut des königlich ungarischen Ministeriums des Innern verpackt. Der Oberst des Generalstabes, Janowski, fuhr mit einem Diplomatenpaß nach Holland. Wenn dies alles nicht ausreicht, den staatlichen Charakter der ganzen Aktion zu begründen, dann muß man sich fragen, wo beginnt die Verantwortlichkeit eines Staates?

Dabei muß noch folgendes in Betracht gezogen werden: alle diese Tatsachen sind ausschließlich unter dem Druck der französischen Kriminalbeamten festgelegt worden. Radosly und Windischgrätz sind in einem Augenblick der Panik ausgeliefert worden. Aber die Fäden des Komplotts reichen weiter und höher: der Chef der Kabinettskanzlei Sorthy, Richard Bartha, und der erste Adjutant des Reichsadvokaten, Major Magoshay, sind in die Angelegenheit verwickelt. Doch als die Untersuchung an sie herantrat, stoppte Sorthy mit einem Rechtswort die ganze Untersuchung. Unter diesem Druck ließ Graf Bethlen eine Erklärung am 8. Januar veröffentlichten, daß die Untersuchung abgeschlossen sei und daß die französischen Beamten Budapest verlassen. Heute, am 14., wird mitgeteilt, daß zwei neue französische Kriminalbeamte nach dem Saag abgereist sind. Hinter den Kulissen tobt ein Kampf zwischen der ungarischen und der französischen Polizei. Bethlen steht abwechselnd unter dem Druck der Franzosen und Sorthys, aber natürlich geht sein Wunsch dahin, alles zu vertuschen. So ist heute der Schlüssel der Situation in Paris. Wird man dort auf die gründliche und reifliche Aufklärung der Affäre bestehen, dann sind nur zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder bricht das ganze kontinental-revolutionäre System zusammen oder es wird durch die Aufrichtung einer offenen Diktatur die Angelegenheit liquidieren, den weiteren Nachforschungen ein Ende bereiten und die Feststellung der politischen Verantwortlichkeiten verhindern. In der Politik ist eine solche Diktatur möglich; es gibt keine Kraft heute in Ungarn, die dies verhindern könnte, auch Bethlen hat dazu die Macht nicht. Die Frage ist nur, ob eine aus Fälschungsbereit geborene Diktatur ausnahmsweise möglich ist. Wie ernst die Gefahr einer Diktatur einzuschätzen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß das sehr gemäßigste sozialdemokratische Zentralorgan Republik drei Tage hindurch in großer Aufregung und mit großen Lettern die Arbeiterchaft auffordert, die höchste Kampfbereitschaft zu halten, da die Gefahr einer tatsächlichen Diktatur unmittelbar bevorsteht.

Dabei zeichnet sich mit jedem Tag klarer eine andre politische Situation vom Hintergrund ab. Mit den falschen Banknoten wollte man die ungarische Krone, nämlich die Königin, Albrecht Habsburg verdrängen. Er in der Person von Orleans der ungarischen Monarchen, der Philipp August, die der Philipp August der Orleans der französischen Restaurationspolitik